



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr, Thomas Mütze, Claudia Stamm, Thomas Gehring, Ulrike Gte, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Jürgen Mistol** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Erweiterung der Dokumentation Obersalzberg nicht verschleppen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag umgehend schriftlich die Antworten auf die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen beim Ortstermin am 18. Februar 2016 gestellten Fragen zur Konzeption und den Kosten der Erweiterung der Dokumentation Obersalzberg zu liefern.

#### **Begründung:**

Der Obersalzberg, seit 1923 Hitlers Feriendomizil, wurde nach 1933 zum zweiten Regierungssitz neben Berlin ausgebaut. Maßgebliche verbrecherische Entscheidungen des NS-Regimes wurden hier vorbereitet und getroffen. Die historische Funktion und Bedeutung war der Anlass dafür, an diesem Ort im Auftrag des Freistaates Bayern und konzipiert durch das Institut für Zeitgeschichte 1999 die Dokumentation Obersalzberg einzurichten.

Ursprünglich für 30.000 bis 40.000 Besucherinnen und Besucher konzipiert, zählt die Dokumentation mit jährlich rund 170.000 Besucherinnen und Besuchern mittlerweile zu den meistbesuchten Museen in Deutschland. Schon kurz nach der Eröffnung der Dokumentation war abzusehen, dass der Besucherandrang die räumlichen und personellen Kapazitäten deutlich übersteigt. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat deshalb bereits im Jahr der Eröffnung auf den Erweiterungsbedarf hingewiesen (Drs. 14/2100) und anschließend eine bedarfsgerechte Ausstattung gefordert (Drs. 14/2895).

Der Bedarf einer Erweiterung der Dokumentation ist heute unstrittig. Zu den konkret vorliegenden Erweiterungs- und Umbauplänen wurden jedoch insbesondere im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einige Fragen aufgeworfen, deren Beantwortung die Staatsregierung bis heute schuldig geblieben ist. Um die Erweiterung der Dokumentation Obersalzberg nicht weiter zu verschleppen, ist die Staatsregierung deshalb aufgefordert, umgehend die während des Ortstermins des Haushaltsausschusses aufgeworfenen Fragen zu beantworten und damit eine Entscheidungsgrundlage zu schaffen.